

Rede von Stadtkämmerer Frieder Schuh

Einbringung Haushalt 2024

Gemeinderat 06.12.2023

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Pfründer,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die kommunalen Finanzen wachsen nicht mit den aktuellen Aufgaben der Kommunen – Klimawandel, Energiewende, kommunale Wärmeplanung, Kinderbetreuung, Ganztagesanspruch in den Grundschulen, Flüchtlingsunterbringung, Krisenmanagement, Digitalisierung, Umsatzsteuerpflicht und mehr.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist nun auch in den kommunalen Haushalten angekommen – die Einnahmen und Zuweisungen aus Steuern und Anteilen an Gemeinschaftssteuern stagnieren, die Aufwendungen und die Umlagen steigen. Der finanzielle Spielraum für Investitionen in die kommunale Infrastruktur wird enger.

Der vorliegende Haushaltsplan weist ordentliche Erträge in Höhe von 33,08 Millionen Euro und ordentliche Aufwendungen in Höhe von 35,76 Millionen Euro aus. Dadurch weist das veranschlagte Gesamtergebnis ein Defizit in Höhe von 2,688 Millionen Euro aus.

Auch wenn das Druckwerk in diesem Jahr in „Blau“ gepackt ist – werden Sie bei den vorliegenden Zahlen nicht ein „Blaues Wunder“ erleben. Viele Aufgaben und Investitionen sind durch die in den letzten Jahren getroffenen Gemeinderatsbeschlüsse bekannt. Durch den allgemeinen Kostenanstieg erhöhen sich jedoch die Aufwendungen für den Betrieb der Einrichtungen und die geplanten Investitionen.

Allein die ordentlichen Aufwendungen steigen im Vergleich zum Vorjahr um rund 3,7 Millionen Euro. Geprägt sind diese Aufwendungen in vielen Bereichen durch Pflichtaufgaben wie Brandschutz, Kinderbetreuung und Schulen.

Entsprechend des Tarifabschlusses für den TVöD steigen die Entgelte für die rund 340 Beschäftigte der Stadt zum 01.03.2024 deutlich. Die Personalkostenhochrechnung sieht eine Erhöhung für die Tarifbeschäftigten von 9,76 Prozent vor. Bereits in diesem Jahr gab es einen Inflationsausgleich in Höhe von 3.000 €. Entsprechend wurde auch für die Beamten eine Anpassung berücksichtigt sowie die tariflichen Stufensteigerungen.

Die Personalaufwendungen steigen insgesamt um rund 10,68 Prozent auf 13,2 Millionen Euro. Eine Zahl, die im Haushalt für das laufende Jahr noch zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2026 prognostiziert wurde.

Wir bereits ausgeführt wird im kommenden Jahr bei den Steuereinnahmen und Zuweisungen im Finanzausgleich insgesamt mit einer Stagnation gerechnet. Die auf Basis der aktuellen Soll-Stellungen festgesetzten Planansätze für die Realsteuer (Grund- und Gewerbesteuer) sehen Erträge von insgesamt 6,944 Millionen Euro aus.

Die Hebesätze wurden in diesem Jahr für die Grundsteuer um 20 Hebesatzpunkte und für die Gewerbesteuer um 10 Hebesatzpunkte angehoben. Vor allem bei der Gewerbesteuer bleibt jedoch die weitere wirtschaftliche Entwicklung abzuwarten.

Die Mehreinnahmen von rund 200.000 € beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, die unter anderem auch auf die höhere Schlüsselzahl für die Berechnung der Zuweisung ab dem Jahr 2024 zurückzuführen sind, werden durch die geringeren Schlüsselzuweisungen kompensiert; so dass die Zuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs nahezu gleichbleiben.

Die guten Erträge der Vorjahre und vor allem des Rechnungsjahrs 2022 wirken sich im Finanzausgleich, durch die hohe Steuerkraftsumme auf die Zuweisungen aber auch auf die Umlagen aus.

Das Rechnungsjahr 2022 schloss mit Gewerbesteuererträgen von rund 6,979 Millionen Euro, was rund 1,5 Millionen Euro über den durchschnittlichen Einnahmen der letzten 10 Jahre liegt.

Die Finanzausgleichsumlage wird sich im kommenden Jahr um 745.000 € auf 4,678 Millionen Euro erhöhen. Die Kreisumlage steigt bei gleichbleibendem Hebesatz um 671.000 € auf 5,654 Millionen Euro.

Daher tut sich der Landkreis auch leicht, den Hebesatz bei 27 Prozentpunkten zu belassen, da das Aufkommen auf Grund der guten Steuererträge bei den Kreiskommunen trotzdem deutlich steigt.

Rund 65 % der Gesamtaufwendungen des Haushalts sind durch die Finanzausgleichs- und Kreisumlage sowie die Personalaufwendungen geprägt.

Auch die Aufwendungen im Bereich der Kinderbetreuung steigen durch die zusätzlich geschaffenen Betreuungsplätze und den dadurch gestiegenen Personalaufwand deutlich. Die Landesförderung für die Kindertagesbetreuung steigt nicht in gleichem Maße.

Eine Erhöhung der Elternbeiträge zu Beginn des Jahres 2024 ist daher unumgänglich. Ziel sollte es sein, die Kostendeckung bei den Betreuungseinrichtungen aus Elternbeiträgen mittelfristig auf die von der GPA geforderten 20 % zu bringen.

Im Bereich der Aufwendungen für die Unterhaltung der über 90 städtischen Gebäude und Einrichtungen wird deutlich, dass die Kosten für gesetzlich vorgeschriebene Wartungen von technischen Anlagen und Ausstattungen wie Brandmeldeanlagen, Aufzüge, Tore, Gebäudeelektrik u.ä. in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind. Dies wiederum schränkt den Finanzrahmen für dringend erforderliche Unterhaltungsmaßnahmen wie Straßensanierung u.ä. ein.

Im Rahmen der allgemeinen Kostensteigerungen werden sich auch die Bewirtschaftungskosten für die Einrichtungen erhöhen. Bei den Kosten für Heizung, Strom und Wasser wird mit Mehraufwendungen gerechnet.

Das im Rahmen der „Klimaneutralen Verwaltung“ begonnenen Energiemanagement gilt es daher weiter auszubauen und zu optimieren.

Entsprechend des derzeit geplanten negativen Gesamtergebnisses können die Abschreibungen nicht erwirtschaftet werden. Das Defizit muss durch Rücklagen aus Vorjahren ausgeglichen werden.

Aus Sicht der Finanzverwaltung weist der Ergebnishaushalt der Stadt Lauffen a.N. ein strukturelles Defizit aus, da auch in der mittelfristigen Finanzplanung nicht mit einer signifikanten Verbesserung der Gesamtergebnisse zu rechnen ist. Der ihnen mit den Unterlagen zum Haushalt 2024 ausgeteilte Rotstift hat daher eine Bedeutung.

Als erste Maßnahme schlagen wir mit Beginn des Haushaltsjahres eine eingeschränkte Budgetfreigabe zur Bewirtschaftung der Haushaltsmittel von 75 % vor. Diese kann im Lauf des Haushaltsjahres entsprechend der Entwicklung der Erträge angepasst werden.

Zum anderen sollte der mit dem Gemeinderat 2021 begonnene Konsolidierungsprozess wieder aufgenommen werden und in allen Bereichen eine Aufgabenkritik durchgeführt werden. Nach den „7 fetten Jahren“ gilt es mit Blick auf die biblische Geschichte von Joseph Lösungen zu finden, wie die Kornspeicher auch in den „mageren“ Jahren wieder gefüllt werden können.

Das Investitionsprogramm des Haushaltsplan 2024 weist ein Investitionsvolumen von über 9 Millionen Euro aus. Geprägt wird dieses Programm vor allem durch Großmaßnahmen wie Neubau Hort Hölderlin Grundschule, Sanierungsgebiet Stadtmitte IV; das voraussichtlich nur noch bis 2026 läuft, und die erforderlichen Maßnahmen zum Neubau der Kanal- und Rathausbrücke. Diese beiden Brückenneubauten sind dringend erforderlich, werden aber in den kommenden Haushaltsjahren mit ihrem Volumen von über 9 Millionen Euro den Spielraum für weitere Investitionen deutlich einschränken.

Finanziert werden die Investitionen 2024 durch Zuwendungen und Zuschüsse in Höhe von 3,85 Millionen Euro. Durch das Defizit im Ergebnishaushalt werden hier sogar liquide Mittel für den laufenden Betrieb benötigt und keine Überschüsse für die Investitionstätigkeiten zur Verfügung gestellt. Zur Gesamtdeckung ist eine Kreditermächtigung in Höhe von 6,5 Millionen Euro veranschlagt. Die Verschuldung der Stadt Lauffen a.N. steigt somit zum Ende des Planjahrs 2024 auf 11,92 Millionen Euro bzw. rund 1.000 € pro Einwohner.

Für mich stellt sich die Frage, wie die Kommune mit rückläufigen Einnahmen und dem spürbaren Fachkräftemangel die Aufgaben in den kommenden Jahren bewältigen sollen. Es ist daher richtig und wichtig, dass sich die kommunalen Landesverbände und Wirtschaftsverbände zusammen mit der Landesregierung im Sommer 2023 mit der „Entlastungsallianz für Baden-Württemberg“ auf den Weg gemacht haben eine Standard- und Aufgabenkritik umzusetzen, um in vielen Bereichen für Wirtschaft und Kommunen Entlastungen zu schaffen. Aber wie bereits angesprochen gilt dies auch für die Aufgaben hier vor Ort in Lauffen.

Mein Dank geht am Ende an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtkämmerei sowie die Kollegen in den Fachämtern für die Erarbeitung des Haushaltsplans 2024.

Ganz besonders in diesem Jahr an meine Stellvertreterin Nina Deubler, die trotz deutlichen Personalengpässen mit ihrem Optimismus und vielen zusätzlichen Stunden dazu beigetragen hat, dass der Haushalt 2024 heute vorgelegt werden kann.